

Oppeln, den 07.01.2022

## Pressemitteilung

**Der Landesvorstand des Bundes der Jugend der Deutschen Minderheit in der Republik Polen hat mit großer Besorgnis Informationen über die Kürzung des Teils der allgemeinen Bildungssubvention, für den Unterricht von Minderheiten- und Regionalsprachen empfangen. Als Zeichen des Protests initiierte die Jugend der deutschen Minderheit in Polen eine Online-Aktion #sprachlos #niemaMowy.**

Am 17. Dezember 2021 nahm der Sejm der Republik Polen, mit den Stimmen von 225 Abgeordneten von der Vereinigten Rechten (PIS), 3 Abgeordneten von Kukiz'15 und 2 fraktionslosen Abgeordneten das Haushaltsgesetz an, mit einer Änderung, die für den Unterricht der nationalen und ethnischen Minderheiten- und Regionalsprachen vorgesehene Mittel im Bildungsteil der allgemeinen Subvention um fast 40 Millionen Zloty kürzen soll. Die Politiker der Vereinigten Rechten argumentieren, dass ihre Entscheidung ein angebliches „Bemühen um Symmetrie in der Behandlung von Deutschen in Polen und Polen in Deutschland“ sei. Allerdings ist zu bedenken, dass nach Angaben der deutschen Botschaft in Warschau allein im Jahr 2020 14 246 Schüler an deutschen Gymnasien Polnisch gelernt haben. Die Deutschen haben 202,3 Millionen Euro für diesen Zweck bereitgestellt, was 937 Millionen Zloty entspricht. Zum Vergleich: In Polen werden 2020 mehr als 236,7 Millionen Zloty für den Unterricht aller nationalen und ethnischen Minderheitensprachen und Regionalsprachen bereitgestellt.

Nicht nur die deutsche Minderheit oder ihre Leader werden unter der angenommenen Änderung des Haushaltsgesetzes leiden, sondern alle in Polen lebenden nationalen und ethnischen Minderheiten und die Gemeinschaften, die eine Regionalsprache sprechen. Kinder und Jugendliche, die die Minderheitensprache in der Schule lernen, werden am meisten diese politischen Entscheidungen der Behörden zu spüren bekommen. Durch das Erlernen der Sprache und die Teilnahme an zusätzlichen Unterricht über die Geschichte und Kultur der Minderheit erwerben die Jugendlichen nicht nur kommunikative, sondern auch kulturelle Kompetenzen, durch die sie sich für die Vielfalt und die Multikulturalität des Ortes, an dem sie leben, öffnen. Gleichzeitig wird ihnen durch die drastische Kürzung der Zuschüsse für den Minderheitensprachunterricht die Möglichkeit genommen, ihre eigene Identität zu pflegen, die gesetzlich garantierte Freiheit, die „Sprache des Herzens“ zu lernen und sich vielseitig zu entwickeln. Eine der vielen schwerwiegenden Folgen der Entscheidung des polnischen Parlaments könnte auch die Schließung kleiner Schulen bedeuten, die oft nur dank dieser Subvention funktionieren konnten.



BUND DER JUGEND DER DEUTSCHEN MINDERHEIT  
ZWIĄZEK MŁODZIEŻY MNIEJSZOŚCI NIEMIECKIEJ

Mit der Aktion #sprachlos #niemaMowy möchte der Bund der Jugend der Deutschen Minderheit in der Republik Polen ihren Widerspruch zum Ausdruck bringen und junge Menschen und alle, die mit der Entscheidung der polnischen Behörden nicht einverstanden sind, ermutigen, sich an dem Internetprotest zu beteiligen, der darin besteht, ein Schwarz-Weiß-Foto von sich selbst mit zugehaltenem Mund in den sozialen Medien zu teilen. Gleichzeitig bittet der BJDM die Menschen, eine Petition zu unterzeichnen, unter dem Titel: „Eltern gegen den Beschluss des Parlaments der Republik Polen, die Ausgaben für den Unterricht der nationalen und ethnischen Minderheitensprachen sowie der Regionalsprachen im Haushalt für das Jahr 2022 zu kürzen“ (Zugang unter: <https://bit.ly/3z2CzfA>).

An der Aktion #sprachlos #niemaMowy beteiligten sich der Bundestagsabgeordnete Dietmar Nietan (SPD), die stellvertretende Marschallin der Woiwodschaft Oppeln Zuzanna Donath-Kasiura, der Vorsitzende der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen in Oppelner Schlesien Rafał Bartek, die Pressesprecherin der SKGD Joanna Hassa, Prof. Tomasz Grzyb. Der Vorsitzende des BJDM in der RP appelliert im Namen der Jugend der deutschen Minderheit in Polen an den Bildungs- und Wissenschaftsminister, den gesamten Ministerrat Polens, den Senat und den polnischen Sejm sowie an alle politischen Entscheidungsträger, die Auswirkungen der Kürzung der Mittel für den Unterricht der Minderheitensprachen und der Regionalsprache zu überdenken und die Position der Minderheitengemeinschaften zu unterstützen.